

Basketball statt Microsoft

Eine Ära geht zu Ende – Steve Ballmer verlässt Microsoft. Er war der erste Angestellte und lange Zeit der Chef. Nach mehr als drei Jahrzehnten gehen Ballmer und Microsoft getrennte Wege.

VON HANNES BREUSTEDT UND RENATE GRIMMING

Redmond (dpa) Steve Ballmers Auftritte als Chef des weltgrößten Softwarekonzerns Microsoft sind Legende. Unvergessen sind seine exaltierten Show-Einlagen, in denen er etwa schwitzend und hüpfend „I love this company“ skandierte. Nun geht eine Ära zu Ende. Nach 34 Jahren zieht sich der IT-Experte bei Microsoft zurück. In einem Abschiedsbrief an Konzernchef Satya Nadella erklärte Ballmers, er wolle sich künftig anderen Dingen wie den Los Angeles Clippers widmen. Ballmer hatte das Basketball-Team gerade erst für zwei Milliarden Dollar (1,5 Milliarden Euro) übernommen.

Der 58-Jährige war 1980 der erste Microsoft-Angestellte. Rund 25 Jahre lang war er der starke zweite Mann hinter Bill Gates, mit dem er den Konzern aufbaute und zu dem er ein enges Verhältnis hat. Nach dem Rückzug von Gates stand er knapp 13 Jahre selbst als CEO an der Spitze des Konzerns, zuletzt als Mitglied des Verwaltungsrats. Vor sechs Monaten machte er Platz für Nadella.

Anders als der eher scheue Software-Visionär Gates setzte er sich immer wieder als buliger Choleriker mit Herz und Leidenschaft in Szene. Bei neuen Entwicklungen bewies er nicht immer ein glückliches Händchen. So ging das Betriebssystem Windows Vista auf seine Kappe, einer der größten Flops der Firmengeschichte. Als Apple-Chef Steve Jobs das erste iPhone präsentierte, hatte Ballmer nur Spott übrig. Auch Fehlschätzungen erwies sich auch Microsofts zögerliche Reaktion auf den Boom im Tablet-Markt, den Apples iPad auslöste.



Steve Ballmer

Foto: dpa

Besitzer, Fremde, Freunde

Vor 20 Jahren endete der Abzug der sowjetischen Truppen aus Ostdeutschland

Insgesamt mehr als fünf Millionen Soldaten aus allen Teilen der ehemaligen Sowjetunion waren von 1945 bis 1994 auf dem Territorium der DDR stationiert. Zwei Jahrzehnte nach dem Abzug der Truppen sind die meisten Spuren dieses Geschichtskapitels verblasst.

VON DIETRICH SCHRÖDER

Frankfurt (Oder) (MOZ) „Ohne deren Hilfe hätten wir die Ernte nie unter Dach und Fach gebracht.“ Horst Manske, der in einer LPG im Oderbruch arbeitete, erinnert sich noch gut an die jungen Männer in erdbräunen Uniformen, die in jedem Spätsommer und Herbst von den Kasernen auf die Felder gefahren wurden. Bei der Rüben- oder Kartoffelernte waren sie genau so unentbehrlich wie in manchem Betrieb der DDR. „Beim Mittagessen hauten die Jungs immer ganz schön rein. Doch unsere Küchenfrauen haben gern Nachschlag verteilt, weil sie sahen, welchen Hunger die hatten“, erinnert sich der Landwirt.

Außer ein paar Späßchen mit bekannten Vokabeln wie „Dawaj, dawaj“ oder „Wodka, Wodka“ sei aber kaum eine Unterhaltung zustande gekommen. „Dafür waren die Jungs von ihren Vorgesetzten zu eingeschüchert, na und unser Russisch war auch nicht besonders“, beschreibt Manske.

Dass die in der DDR stationierten Soldaten außer ihrer militärischen Funktion – sie bildeten gemeinsam mit der NVA die Speerspitze des Warschauer Vertrages – auch noch wirtschaftliche Bedeutung hatten, wissen heute nur noch die älteren Ostdeutschen. Wenn in Betrieben das Benzin oder Baustoffe knapp wurden beziehungsweise die Russen Hilfe bei der Reparatur ihrer Technik brauchten, kam so mancher Handel in Naturalform zustande. „Die Offiziere brachten uns Bananen, Ölsardinen und manchmal auch Kaviar aus ihren Magazinen mit. Sie wussten doch, dass es die im Konsum nicht gab. Dafür nahmen sie gern unser Bier oder härtere Sachen“, berichtet Manske.

„Die offiziellen Stellen der DDR drückten bei solchen Geschäften ein Auge zu“, weiß Piotr Woloszyn. Der Doktorand an der Frankfurter Europa-Universität schreibt gerade seine Dissertation über die Kontakte zwischen dem sowjetischen Militär und der Bevölkerung. Darin zieht er auch Vergleiche zu Polen, wo ebenfalls sowjetische Truppen stationiert waren. Östlich der Oder war das Kontingent allerdings deutlich kleiner. Hielten sich zu Spitzenzeiten in der DDR fast eine halbe Million sowjetischer Soldaten sowie 300 000 Familienangehörige

Viele Soldaten halfen in DDR-Betrieben, der Handel mit Naturalien blühte



Mit den Panzern in die Heimat: Eine Aufnahme vom Abzug eines russischen Truppenverbandes, die im Sommer 1993 in Niederfinow entstand.

Foto: dpa/Klaus Franke

und Zivilangestellte auf, waren es in Polen insgesamt nur rund 100 000. Sowjetische atomare Raketen waren beiderseits der Oder stationiert, genau wie die Westmächte in der Bundesrepublik über diese Waffen verfügten. Wegen der Nähe zu West-Berlin gab es in Brandenburg besonders viele Einheiten, neben dem Führungskommando in Wünsdorf waren Panzerarmeen und andere Divisionen in Bernau, Eberswalde, Neuruppin, Fürstenberg, Jüterbog und weiteren Orten stationiert.

„Allgemein galt der Grundsatz, dass man sich mit den Sowjets am besten nicht anlegte“, so Woloszyn. Kam es dennoch zu Konflikten, etwa zu den oft sehr schweren Verkehrsunfällen – wurde versucht, diese möglichst geräuschlos zu regeln. Aus Stasi-Akten und von Zeitzeugen erfuhr der Wissenschaftler, wie

widersprüchlich das Verhältnis zu den vom Volksmund auch ironisch „Freunde“ genannten Militär war. Da wurde die Chefin einer Gaststätte beobachtet, die zu Offizieren aus der sowjetischen Garnison ein gutes Verhältnis hatte. Proteste in einer Kleingartensiedlung, in der die Soldaten Erdbeeren und Kirschen gestohlen hatten, bewegten den Geheimdienst ebenfalls. Zumal einige Kleingärtner deshalb mit dem Austritt aus der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ drohten.

Wenn sie private Kontakte zu DDR-Bürgern unterhielten, mussten die sowjetischen Offiziere und ihre Familien vor allem vor ihren Vorgesetzten auf der Hut sein. Eine Frankfurterin berichtet, dass ihr eines Tages ein fremder Soldat die Wohnung öffnete, in der zuvor die Familie gelebt hatte, mit der sie lange befreundet war. Wohin diese so Hals über Kopf versetzt wurde, hat sie nie herausbekommen.

Erst nach 1989 lockerten sich die Kontakte. Die DDR-Bevölkerung war den Russen dankbar, dass diese – im Gegensatz zum Volksaufstand von 1953 – mit den Panzern in den Kasernen geblieben waren. Der damalige Parteichef und Staatschef Michail Gorbatschow hatte dies entschieden.

Zum einen, weil die UdSSR damals selbst große wirtschaftliche Probleme hatte, zum anderen, weil er von der DDR-Führung enttäuscht war, die sich seiner Perestrojka-Politik heftig entgegenstellte.

Bereits während der Verhandlungen über die deutsche Einheit wurde auch der Abzug der Truppen mit dem Roten Stern besprochen. Letztlich unterstützte die Bundesregierung diesen Abzug mit fast 15 Milliarden Mark, die zum Teil für den Bau von Wohnungen für die heimkehrende Truppe verwendet wurden. Bis

heute sind viele Russen jedoch der Meinung, dass Gorbatschow seinerzeit einen viel höheren Preis und politische Garantien hätte herauschlagen können.

Der Großteil der Einheiten sollte den Zerfall der Sowjetunion 1991 noch um Jahre überleben. In dieser Zeit entwickelte sich ein schwungvoller Handel mit Gebrauchtwagen der Marken „Lada“ und „Wolga“, die von den Soldaten in

Kolonnen nach Hause gebracht wurden. Auch Waffen und große Ausrüstungsmengen wechselten seinerzeit oft illegal den Besitzer. Zum Abschluss bestand Bundeskanzler Helmut Kohl auf zwei getrennten Paraden in Berlin, bei denen am 31. August 1994 die Russen und erst acht Tage später Amerikaner, Franzosen und Briten verabschiedet wurden. Die Russen fühlten sich dadurch in ihrer

Rolle als Sieger und Befreier im Zweiten Weltkrieg gedemütigt.

In den meisten Stationierungs-orten der ehemaligen DDR gab es dennoch freundliche und oft sehr emotionale Abschiede. In

Polen – wo der Abzug 1993 endete – wurden dagegen manche Züge und Kolonnen mit Steinen beworfen. Dank eines milliardenschweren Konversionsprogramms können fast 90 Prozent der ehemaligen Militärimmobilen inzwischen zivil genutzt werden. Das Deutsch-Russische Museum in Berlin-Karlshorst eröffnet am Dienstag eine Sonderausstellung mit dem Titel „Hinterlassenschaften“, innerhalb derer auch Diskussionen geplant sind. Hieß es jedoch noch vor zehn Jahren in einem Kommentar, dass „die russische militärische Bedrohung für Europa seit August 1994 eine Fata Morgana“ sei, bewegen die Deutschen und ihre Nachbarn durch die Ereignisse in der Ukraine inzwischen neue Sorgen.

Bundeskanzler Kohl bestand auf getrenntem Abschied von den Westalliierten

Alle Zeichen stehen auf Sturm

Nach dem Scheitern der Waffenstillstandsgespräche kehrt der Krieg zwischen Israel und der Hamas mit voller Wucht zurück

Israel macht seine Drohungen wahr und versucht, den wichtigsten Drahtzieher der Hamas in Gaza gezielt zu töten. Dabei sterben Frau und Kind von Mohammed Deif. Hamas schwört daraufhin hitlere Rache.

VON SARA LEMEL

Tel Aviv/Kairo (dpa) Alle Hoffnungen auf ein Ende des Gaza-Kriegs haben sich vorerst zerschlagen. Mit dem Angriff auf den einflussreichen Militärchef der im Gazastreifen herrschenden Hamas, Mohammed Deif, habe Israel „das Tor zur Hölle aufgestoßen“, warnte der militärische Hamas-Arm. Der jüdische Staat werde „einen hohen Preis“ für den Angriff auf Deifs Versteck in der Stadt Gaza zahlen, bei dem der kleine Sohn und die Ehefrau Deifs ums Leben kamen.

Alle Zeichen stehen jetzt wieder auf Sturm. Hamas-Sprecher Fawzi Barhum drohte den Israelis am Mittwoch mit „den schwersten Tagen, die sie je erlebt haben“. Nach dem Scheitern der Vermittlungsbemühungen in Kairo am

Dienstag feuerten militante Palästinenser wieder Dutzende Raketen auf Israel, die Luftwaffe bombardierte Ziele im Gazastreifen. Und wieder sterben in dem Palästinensergebiet viele Menschen.

Nach einmonatigen Krieg erscheint die Lage vollkommen aussichtslos. In Israel wird angesichts der fortwährenden Raketenangriffe aus dem Palästinensergebiet auch die Kritik an dem rechtsorientierten Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu lauter. Viele seiner Minister fordern ein noch härteres Vorgehen im Gazastreifen, bis zum Sturz der Hamas. „Es ist jetzt eine breite Militäroffensive notwendig, um Hamas zu besiegen“, meint Innenminister Gideon Saar von der regierenden Likud-Partei. Es gibt aber auch Stimmen, die vor den hohen Risiken einer solchen Aktion warnen.

Für die Menschen im Gazastreifen, die schon jetzt unter den verheerenden Zerstörungen leiden, ist die Fortsetzung des Kriegs eine Katastrophe. Viele von ihnen leben unter armseligsten Bedingungen in den Trümmern, ein Wiederaufbau wird erst nach ei-

ner Beruhigung der Lage möglich sein. Doch auch für Israel sind die Kosten des Kriegs – militärisch, politisch, diplomatisch und wirtschaftlich – sehr hoch. Es sei bereits der längste Waffenkampf, den der jüdische Staat seit der Staatsgründung 1948 geführt habe, sagte ein Kommentator des israelischen Fernsehens.

Doch ein Ende ist vorerst nicht in Sicht. Selbst die israelische Chefunterhändlerin Zippi Livni, die sich seit Jahren für eine Friedensregelung in der Region einsetzt, spricht sich gegen weitere Verhandlungen mit der Hamas aus. „Wir dürfen ihnen nicht den Eindruck vermitteln, dass Angriffe den Staat Israel zu Konzessionen bewegen“, sagte die Justizministerin. Sie billigte im Kampf gegen die Hamas ausdrücklich auch gezielte Tötungen. „Die Liquidierung eines jeden, der Terror ausübt, ist in meinen Augen nicht nur legitim, sondern sogar wünschenswert“, sagte Livni.

Ein Kommentator der Zeitung „Haaretz“ bewertete Israels Politik der gezielten Tötungen jedoch skeptisch. Letztlich könnte Israel die Hamas mit solchen An-

griffen eher noch aufwerten und stärken. „Die Tötungen von Hamas-Kommandeuren und Militärspezialisten haben ... noch nie das grundlegende Gleichgewicht verändert“, schrieb er und erinnerte dabei an viele im Lauf der Jahre getötete Hamas-Führer wie Ahmed Jassin und Ahmed Dschabari. Eine langfristige Waffenruhe sei letztlich nur im Rahmen einer umfassenden Friedensregelung mit den Palästinensern denkbar.

Kairo rief die Konfliktparteien zu einer Rückkehr an den Verhandlungstisch auf. Die ägyptischen Vermittlungsbemühungen zwischen Israel und der Hamas beschreibt ein Kommentator der israelischen Zeitung „Jediot Achronot“ jedoch sehr pessimistisch als „Versuch, eine Leiche wiederzubeleben“. Beide Seiten hätten in Kairo gar nicht ernsthaft verhandelt, meint er. „Es ist doch viel bequemer für sie, wieder das zu tun, was sie am besten können, nämlich zu versuchen, sich in einem Zermürbungskrieg gegenseitig zu töten.“

Mehr zu diesem Thema: www.moz.de/gaza



Überall Zerstörung: Unter der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den militanten Palästinensern und Israel leidet vor allem die Zivilbevölkerung.

Foto: dpa/Mohammed Sabar